

Er erscheint täglich  
sonntags mit Ausnahme des  
Sonntags und Feiertage.

Abonnementpreis  
monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1.50  
jährlich 5.00, halbjährlich 2.50.  
Durch  
den Post bezogen 1.65.

„Die Neue Welt“  
(Unterhaltungsbeilage), durch  
den Post nicht beschickbar, kostet  
monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pf.

# Die Neue Welt

## Offizielles sozialdemokratisches Organ

### für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Seifstraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle-Saale.

Posto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 135.

Sonntag den 13. Juni 1896.

7. Jahrg.

### Reichstags-Beilage.

102. Sitzung vom 11. Juni 2. Uhr.

Die dritte Beratung der Gewerbeordnungsnovelle  
vom 11. Juni 1896.

Es liegen nach dem Bericht vor. Nach den Beschlüssen der zweiten Sitzung soll das Aufsuchen von Warenbesitzern gegen nur bei solchen Personen geschehen, in deren Gewerbebetrieb die Waren Verwendung finden, ausgenommen Druckdrucker, Leinwand- und Webfabrikanten und andere Waren, soweit sie der Bundesrat zulässt. Bezüglich der Druckdrucker gelten die Bestimmungen des Artikels 11.

**Abg. Gise (Centr.)** betont, das einzig Neue sei, daß die Detailreisenden auf Grund eines Warenbesitzers arbeiten sollten. Er beantragt den Antrag Gise-Stumm, wonach das Aufsuchen von Besitztümern nur bei vorübergehender ausdrücklicher Aufforderung erfolgen dürfe. Der Antrag sei ein Kompromißantrag, er erhalte den Detailreisenden die Freiheit, soweit letztere ein Bedürfnis am Besuche des Reisenden habe und schäme andererseits das Publikum vor Besichtigungen. Der Antrag wolle auch von den Bestimmungen des Artikels 8 nur die Druckdrucker ausnehmen, nicht auch Leinwand- und Webfabrikanten, er wolle auch dem Bundesrat keine weiteren Ausnahmen überlassen.

**Abg. Gasse (natl.)** befürwortet seinen Antrag, wonach der Bundesrat befugt sein soll, für das Reich oder für einzelne Teile das Aufsuchen von Besitztümern bei Nichtaufsuchen zu verbieten. Die Nationalliberalen stimmen eventuell für den Antrag Gise, wenn das auch die Amendementen sind, welches dem Bundesrat die Freiheit läßt, Ausnahmen schaffend.

**Abg. Gogger (log.)** bemerkt, daß die Bestimmungen des Gesetzes auf das Verbot des Detailreisens hinausgingen, wenn dies auch nicht extra gesagt sei. Dr. Schäfer habe ja selbst ausgeprochen, daß er im Prinzip für das Verbot des Detailreisens sei. Die Ausnahmen machten die Vorlage nicht besser, es wüßte belächelt nur ein Gesetz gemacht, das nach Wunsch und Unwunsch und nach Willkür ausgesetzt werde. Dem Bundesrat werde jetzt schon beige, so daß er die Verantwortung auf die Majorität des Reichstages abwälze. Die zahlreichen Änderungsanträge zeigten deutlich, daß die Sache nicht klargelegt sei. Sobald es sich um eine Forderung der Arbeiter handle, habe es immer, man müsse sich Erhebungen veranlassen, diese Vorlage verbande nur einen Antrag der Majoritätsparteien im Reichstag. Die Bedeutung der Rede des Bringen Hohentale wurde überflüssig. Was hätte es, wenn der Sohn des Reichsrichters eine solche Rede halte, und der Reichstagsbesitz sich an der Kritik wechelt, nicht wohl passiv beteiligt. Der Reichstagsbesitz konnte die Rede nicht halten, weil er dann seine unklare und schwache Politik vor aller Welt klarlegen und einen Blick hinter die Kulissen gelehrt hätte. Mehr Beachtung als die Rede des Bringen Hohentale verdiene die Sachfrage der Detailreisenden, die sich in dem Stumm, mit der gemeinlichlichen Folgen dieser Politik leider mehr und mehr sich hangende. Diese Politik des persönlichen Einflusses ist nicht immer zurückzuführen auf ein hohes Maß von Einfluß und Intelligenz. Die Sozialdemokraten protestieren dagegen, daß unter blühenden Gewerbetrieben durch den Freizug dieses Gesetzes gemindert werde. Dies Gesetz beabsichtigt die kleinen Geschäfte zu quälen, den Großhändler des Handels wieder wohl her von Stumm sagen, wenn er überall dort, wohin er seine Produkte lieferte, Gewerbetreuer bezahlen müßte. Dann würde sich natürlich ein Stumm der Entrüstung erheben. Wenn das Detailreisen wirklich so schädlich sei, wie hier behauptet wurde, dann hätte die Sache doch längst besprochen, nicht wollte man das Publikum gerade in eine Falle locken verlegen. Der Antrag Stumm, Gise und Jacobsohn, soweit der letztere hat mitwirken dürfen (Seitenerlei), würde zu einem schwächlichen Handel mit Bescheidurteilen führen. Der Antrag Gasse ist der gefährlichste von allen, weil er dem Reichstags die Initiative raubt und dem Bundesrat keine weiteren Befugnisse gibt. Beide Anträge sind unannehmbar. Das

Detailreisen ist nur eine ganz natürliche Folge der heutigen Massenproduktion, die heutige Gesellschaft muß die Folgen tragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

**Freier v. Stumm (Reichsp.)** weist die Behauptung zurück, er erlaube seinen Einfluß außerhalb des Hauses, um andere zu schädigen.

**Abg. Wegmann (frei Volksp.)** weist auf die Worte des hiesigen Finanzministers Dr. von Büdener gegen die gesetzliche Quasidruckerei sowie auf die Bestimmungen der Süddeutschen gegen das Präsentum hin. Mit den Polizeibehörden der Vorlage führe man die Unfreiheit des Mittelalters zurück. Alsdann beläuft Redner den Antrag Gise-Stumm.

**Abg. Jacobsohn (son.)** tritt für den von ihm und den Abgeordneten von Stumm und Gise eingebrachten Antrag ein. Die Bestimmungen, die in der 2. Sitzung den Reichsgeheimräten zugestanden hätten, hätten die ganzen anderen Industriellen aufgeschreckt, daher auch die vielen Petitionen. Wer durch die Vorlage Sozialdemokrat werde, verdiene es auch, das zu sein. Der größte Teil des Mittelstandes wüßte nicht, was eine Einschränkung sondern ein Verbot des Detailreisens. Ein solches Verbot ist aber unmöglich.

**Abg. Gilpert (Bayr. Bauernbund)** erklärt, daß in seinem Wahlkreis selbst die Bestimmungen des Verbot des Detailreisens forderten, ebenso hätten auch viele andere Leute in Bayern. (Beifall bei den Reichsp.)

**Abg. Richter (log.)** führt aus, daß das Detailreisen eine Notwendigkeit der Praxis geworden sei und deshalb nicht eingeschränkt werden dürfe. Das Gesetz würde gerade dem Mittelstande zum Schaden gereichen.

Darauf wird gegen die Stimmen der Linken ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Darauf wird zunächst der Antrag des Abg. Richter zum Antrag Gasse-Krüger abgelehnt gegen die Stimmen der gesamten Linken (einschließlich der Nationalliberalen). Sodann wird der Antrag Gasse-Krüger gegen die Stimmen der Nationalliberalen abgelehnt.

Der Antrag des Abg. Richter zu dem Antrag Gise hinter den Vorreden „Spielwörter“ die Worte zu setzen: „Gegenstände der Leinwandindustrie und Bekleidung aller Art“ wird gegen die Stimmen der gesamten Linken, einschließlich der Nationalliberalen, abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag Richter, im Falle der Annahme des Antrages, aber des zweiten reaktionären Antrages Stumm: Gegenwärtig der Leinwand- und Webfabrikation von den Beschränkungen des Gesetzes auszunehmen, ist eine unannehmliche. Diefelbe ergibt mit 14 gegen 98 Stimmen die Ablehnung des Antrages Richter. Für den Antrag Stumm die Beschränkung des Verbot, die freizügige Verbringung der Sozialdemokraten, die meisten Nationalliberalen, sowie die feiner Partei angehörenden Abgeordneten: Prinz Hohentale, Schilling, Gise und Giebel und die Zentrumsmittglieder Stumm, Dr. Hübner und Wellstein.

Dagegen die Konfessionellen, die Reichspartei, das Gros des Zentrum, die Katholiken, die Polen sowie die Nationalliberalen Feddersen, Dr. Baasche, Graf Crisla, Rimbau und Rothbarth.

Mit den übrigen Positionen des Antrages Richter werden die beiden Mehrheiten abgelehnt.

Der Antrag Gasse in den Antrag Gise-Stumm die Worte einzufügen und somit der Bundesrat für andere Waren Ausnahmen zulässt, wird dagegen angenommen. Dafür stimmt auch die ganze Linke.

Darauf zieht Abg. Dr. Gise seinen ersten Antrag zu gunsten des reaktionären Antrages Stumm zurück, der den reaktionären Platte in den ursprünglichen Antrag Gise-Jacobsohn-Stumm reaktionär einträgt.

Der Antrag Stumm wird jedoch mit 147 gegen 98 Stimmen angenommen. Dagegen die freizügigen, die Volkspartei, die Sozialdemokraten und einzelne Mitglieder anderer Parteien. Das ist Artikel 8 des Gesetzes.

Das Aufsuchen von Warenbesitzern bei Einzelhändlern ohne Zustimmung des Reichstages.

### Der Kräuterschnaps des ehrwürdigen Vater Linker.

(Wachdrub verboten.)

(Fortsetzung statt Schluß.)

Ja selbst draußen in Kreuzwege hörte man noch sein Juchazi - Juchazi verhallen in aller Frühe lag der Unglückliche in dem Beschlaf vor dem Bier auf den Knien. Er brühtete unter dem heftigen Tränen: „Das ist das Götter, welches mich überkommen hat - ehrwürdiger Vater - das ist das Götter.“

Er ist lebend zu sehen so reumütig, das Bild vor dem Vater selbst auf das stiffe. Nun - nun Vater Linker - beruhigt Euch doch, das wird vergehen wie der Traum im Sonnenschein.

Mein Gott - so groß war ja der Schandal gerichtet, wie Ihr den Ewigen war nur der Zeit des Lebens selbst im Gange. Hoffentlich habet die Kräfte des Lebens nicht verlassen. In denen - was habt das alles - was gefahren, läßt sich nicht ändern. Ihr habt den Kräuterschnaps getrunken - natürlich - Ihr müßt ihn ja kosten - vielleicht ein paar Tropfen zu viel - vor wann das so lassen abnehmen; ja - ja - ich verstehe ganz wohl. Es ist ja nicht so reumütig, was ich Euch sagen möchte. Und er ist das Opfer seiner Erfindung geworden, als er durch das Vater in die Luft jesprenge wurde. Aber sagt einmal lieber Freund, ist es denn so notwendig, daß Ihr ihn kosten müßt diesen schrecklichen Kräuterschnaps?

Unglücklicherweise ja - ehrwürdiger Vater. Nur durch stoffen kann ich den Grund der Kraft des Lebens wieder erlangen. Schmach, Feinheit, Aroma, das alles kann ich nur durch Selbstkosten feststellen, und wenn's nötig thut, erregnet.“ Ganz recht - ganz recht - inbeffen lieber Freund, noch eine Frage: Wenn Ihr nun lebet und der Stoff ist gut geraten - habt Ihr daran etwas? Ich hab' Euch den Kraft des Lebens am Kräfte?

„Allesding ist ebenbürtig Vater, entsagene der unglückliche Vater unter hftigen Weiden. Ich habe den Biquor befähigt verbessert und immer inbeffen ich weiter. Besonders der letzte hergestellt - er heißt ein Roman - ein Aroma - genau ist es der Kräfte selber, welcher mit diesen Eifen Streich gefehlt hat.“

Aber ich werde fortan nicht mehr kosten, nicht mehr proben, laß der Kräuterschnaps selber wie er will.

„Nur nicht gleich zu trinken“, unterbrach ihn der Bier mit Selbstgefälligkeit. „Der Kräfte selber hat Euch schon nicht sich selbst weiter aus, seine Kräfte ist eingeleitet - nicht seit dem ersten Tage. Wie können wir unsern Kräfte, die Ehre unserer Kräfte aufs Spiel setzen? Was soll daraus werden?“

Alles was ich Euch sagen kann, lieber Freund, das ist Vorrecht! Wie wollen mal sagen: trinken oder proben Tropfen - nicht wahr - sagen wir also zwanzig Tropfen. Das muß schon ein feiner Kräfte sein, der Euch bei 20 Tropfen erwidern soll. Ubrigens, um allen Bortommnissen aus dem Wege zu gehen, befreie ich Euch gänzlich von der Verpflichtung, zur Strecke kommen zu müssen. Ihr könnt Euer Abendgeben in der Dellekette abgeben.“

Ja, aber das wird alles bald gesagt; der arme ehrwürdige Vater Linker haute gut Tropfen zählen. Der böse Geist hielt ihn fest und ließ ihn nicht wieder los.

In der Dellekette fand ein forderbarer Kräfte statt. Am Tage selbst ein alles gut. Der Vater more ziemlich ruhig. Er leute seine Dellekette in Gang, prüfte und sortierte sorgfältig seine Kräfte - alles seine Kräfte der Provence, duftend und süßend von Barium und Sennenschein.

Aber abends - aber abends - wenn die Arzneiflaschen einzugelegt waren, und das Götter in der großen Kräfteprobe zu erkalten begann, dann begann das Hallenleben des armen Vaters - siebzehn - achtzehn - neunzehn - zwanzig. Die Tropfen saßen aus dem Götterbein in den kleinen Weiden von vergoltem Silber.

Das ging noch. Der Vater schürfte die zwanzig Tropfen selbst hinunter, leinlich ohne Götter. Aber der einundzwanzig Tropfen, er war das Biel seiner Wünsche. D dieser einundzwanzig Tropfen. Um der Verführung zu entgehen, fauerte er sich in den entfernten Winkel seines Arbeitsraumes nieder, und vertiefte sich in das Abkochen seines Kräftekrautes.

Alles der nach wurde Biquor befreite einen neuen Zufuß der Götterkräfte, welcher ihn umwogte und umwalle und wolle und nicht, er müßte sich wieder der volgenden Kräfte begeben.

Infektionsgebühren  
betragt für die Spezialisten  
Beitrag für die Spezialisten  
16 Pf. für Wohnung,  
Bereits- und Veranlagungs-  
angelegen 10 Pf.  
Inferate für die fällige  
Kammer mit den fälligen  
vormittags 1/10 Uhr in die  
Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Post-  
zeitungsliste unter Nr. 7067.

### Engesgeschicht.

Wie man Gese macht. Bei der Abstimmung über den Antrag Arnim (Verbot der Vollstreckung auswärtiger Gerichtsurteile in Getreideterminalbeschlüssen) in der Reichstagskammer vom Sonnabend, erhob sich für denselben geschlossene die Rechte. Im Zentrum war eine formale Bewegung mit Aufstehen und Wiederhinhängen. Von der linken Seite waren zufällig nur wenige Abgeordnete im Saale. Der Präsident verlangte unter großer Spannung des Hauses nun Gegenprobe und erklärt, nachdem diese stattgefunden, den Antrag Arnim für abgelehnt. (Bewegung. Wiederpruch rechts.) - Nach der D. Z. H. hätte sich zunächst eine Mehrheit für den Antrag erhoben, die aus der Rechten und fast aus dem ganzen Zentrum bestand. Herr von Bütticher aber habe Herrn Dr. Sieber zugewinkt: „Sie gefährden das ganze Gese.“ Natürlich fühlte nun die ganze Mehrheit der Zentrumsmittglieder auf ihre Eige zurück, und die nun gemachte Gegenprobe ergab die Ablehnung des Antrages.“

Und Produkte solcher Verfahrenheit sind dann für das liebe Publikum, das draußen steht, maßgebend! Wer sie nicht beachtet, wird bestraft.

Zum preussischen Vereinsrecht hat neuerdings das Kammergericht eine bemerkenswerte Entscheidung gefällt. Danach machen sich strafbar die Vorsteher eines politischen Vereins, welche nicht innerhalb eines Zeitraums von drei Tagen nach der Sitzung des Vereins das Mitgliederverzeichnis und die Statuten einreichen; diese Verpflichtung liegt aber nur den Vorstehern ob, welche zur Zeit der Sitzung des Vereins Vorsteher waren. In dem betr. Fall waren die Angeklagten erst viel später zu Vorstehern ernannt worden und konnten für die Unterlassungen ihrer Vorgänger nicht verantwortlich gemacht werden.

Auch ein sozialdemokratischer Erfolg. Die Münchener Post veröffentlicht ein Ausfchreiben des kommandierenden Generals des 1. bairischen Armeekorps, in dem unter Bezugnahme auf den Menageprozeß der Münchener Post den Truppendeuten eindringlich empfohlen wird, die Mannschaften zu erklären, daß es ihr Recht sei, ordentliche Menage zu verlangen, und daß es Pflicht der zu der Menagekommission Beordneten sei, dafür zu sorgen, daß die berechtigten Wünsche der Mannschaften erfüllt und ihre Klagen besichtigt würden. Besonders sollten aber auch die Offiziere die ihnen obliegende Ueberwachung sehr ernst nehmen, die Speisen versuchen, das Gewicht kontrollieren und sich bei den Mannschaften über den Befund der Speisen erkundigen.

Das Konfiszieren geht jetzt auch an bürgerliche Wäfler. Die Nummer der ultramontan-katholischen Köln. Volkszeitg. vom 23. April ist vorigen Sonnabend, als 1/1. Monate nach ihrem Erscheinen, wegen Bemerkungen über den Duellmord Koye-Schrauber beschlagnahmt worden.

kleinen Wäfler, welche auf der Oberfläche aufstauten und verschwand, glaubte er das Gesicht der Tante Begon zu erblicken, welche ihn antrug, ihm zumuntere und zulüferte: Noch einen Tropfen - noch einen Tropfen.

Und Tropfen um Tropfen ließ der unglückliche Vater aus seinem Saugheber herausperlen bis sein Becher bis an den Rand gefüllt war. Er trank ihn aus, warf sich auf den Bodenstiel und seufzte: „Es ist Sünde, es ist Sünde, o wie ich sie verdamme!“ So lag er da mit halb geschlossenen Augen. Allein das Aller-schrecklichste war, daß dieses Leisegöthel ihm alle unbilligen Lieber der Tante Begon wieder ins Gedächtnis rief, wie zum Beispiel das Lied:

„Bürrin seid Ihr denn allein - denn allein  
Sprach der Pfaff und schlich herein.“

oder:  
Kennst Ihr schon das neue Lied - neue Lied  
Som Gern Vater seiner Kut.

und vor allem das Lied vom weißen Vater mit seinem Juchazi Juchazi.

Denn Euch die Verlegenheit, wenn seine Juchazi nachher ihm andern Tags böhmisch zulüferte: Vater Linker, Ihr hattet aber gestern abend wieder einen mächtigen Brummer im Kopf, de?

Was halten alle guten Vorfälle, alle Neuenbrücke. Wer kam gegen die Nacht der Fülle, und es als ebend war, hatte sie wieder von ihm Beleg ergriffen.

Allein Vater Linker hatte sein Lebensziel auf das meiste-hafteste der Vollendung zugewandt. Der einmal davon gefollet, wurde unabweislich fester Kunde der Weite. Die Lustfrage regneten von allen Seiten und kamen bald aus Nimes, Aix, Nijmegen und aus Marcell. Von Tage zu Tage schien das Stiller mehr und mehr in eine Queen-fabrik sich umzuwandeln. Es gab einen Bruder Buchhalter, einige Brüder Bauer, einige Brüder Jäger, Einnäherer, Einwinder u. s. w. Der Gottesdienst verlor sich immer mehr und mehr, dann und wann ein paar Glockenklänge, sonst dachte jeder Klosterbruder nur aus Beschäftigung. Die Bauer der Umgegen kamen dadurch auch ganz vom Beter ab.

Allen als einen schönen Sonntag des Bruder Bahmmeister den Choherren die Jahresrechnung vorlas, und jene mit zufriedenen Wäfler audorten und ihm innig darüber trauten, welche große Gottes auf dem Kloster ruhte, führte der Vater Linker herein und sagte: (Schluß folgt.)















### Seifensfunken.

Es waren einmal drei Willkür.  
 Die waren recht radikal.  
 Der erste hat gegen die Fürsten  
 Gebornert so manchen Mal.  
 Der zweite gegen die Pfaffen  
 Die giftigsten Pfeile idoch.  
 Der dritte in wuchtigen Reden  
 Den Adel mit Gohn überzog.  
 Doch als ihre Arbeiter streikten,  
 Da haben sich alle drei  
 Als Sünden des Staates geberdet.  
 Und schrien nach Volsicht.

### Tagesgeschichte.

**Wie die Wähler rechnen!** Den Gipfel der Dummheit erreicht eine Rechnung, die das Organ des Bundes der Landwirte, die D. Tagesztg., seinen Lesern vorführt. Danach habe die „notleidende“ Landwirtschaft in den Jahren von 1873 bis 1896 vom Staate „nur“ 92 Millionen Mark Unterstützung empfangen, Handel und Industrie dagegen in demselben Zeitraum 986 Millionen! Arme Landwirtschaft! Spöthisch ist nur, daß in diesen dem Handel angehängt geschätzten 986 Millionen unter anderen die 205 Millionen steuern, die der Nordostsee-Kanal geflossen hat, 509 Millionen zur Verbesserung der Wasserstraßen und der Binnen-Schiffahrt — als ob nicht die Verbesserung der Wasserwege der Landwirtschaft genau so zu gute kommt, wie dem Handel und der Industrie, und als ob Handel und Industrie der Landwirtschaft nicht erst eine ordentliche Verwertung ihrer Produkte ermöglicht! Warum sind denn die Preise der Güter seit 1873 vielfach um das Doppelte und Dreifache gestiegen? Noch spöthischer ist es, daß das Organ der Wähler gänzlich verstreicht die **Zinsen von Millionen**, welche der Landwirtschaft in Form der Prämien und Subventionen, der Rübenzuckerprämie und infolge der Getreidezölle zugeflossen sind. Gegen die ungeheure Summe dieser Liebesgaben bedeuten selbst die Summen, die der Industrie aus den industriellen Schutzzöllen zugeflossen sind, nichts, gar nichts. Dazu kommen für die Agrarier noch die geldwerten Vorteile, die vorzugsweise ihnen bez. den „besseren Familien“ als dem Militäris-mus erwachsen und hundert andere wertvolle Posten! Das alles wird verschwiegen, weil sonst die schwindelhafteste Rechnung ein ganz anderes Gesicht erhalten würde.

**Der Umgang mit Bringen,** so schreibt der Vorwärts, ist offenbar recht schwierig. Gar leicht folvert jemand gegen die Güttestenkranten, der nicht durch jahrelange Übung sich für die Pöfzeremonien gebrillt hat. Und nun gar wenn zwei Bringen unter einander in Mißbilligkeiten geraten sind. Waffert solch ein Unglück, dann ist's nicht, als wenn so ein Paar gewöhnlicher Hinz und Kunz sich gegenseitig über die Füße angefallen haben. Ein prinzipieller Schritt zaubert gleich die bekannten dunklen Punkte an den politischen Horizont; es giebt diplomatische Voten und alle Zustände einer Haupt- und Staatsaktion. Die Moskauer Krönungsfeierlichkeiten haben einen solchen Güttestenoffizit gereizt. Gleich anfangs wurde schon in deutschen patriotischen Zeitungen feierlich Klage darüber geführt, daß Prinz Heinrich von Preußen nicht rechtzeitig durch die russischen Großfürsten empfangen worden ist, so daß er schon auf dem Sprunge gewesen sei, wieder abzureisen. Jetzt wird mit noch weit feierlicherem Ernst über folgenden prinzipiellen Zwischenfall berichtet:

Bei einem Fest, das die Moskauer Deutschen den anwesenden deutschen Bringen und ihren Begleitern geben, habe der Vorsitzende des Vereins der deutschen Kolonie einen Trinkspruch aus-gebracht auf den Bringen Heinrich und alle Fürsten, die „im Gefolge“ dieses Betreters des deutschen Reiches in Moskau erschienen seien. Als bald habe sich Prinz Ludwig von Bayern, der kaiserliche Kronprinz, erhoben, um gegen das Wort „Gefolge“ zu protestieren: er habe erklärt: „Wir sind nicht ein Gefolge, nicht Vasallen, sondern Verbündete des deutschen Reiches. Als solche stehen wir, wie Kaiser Wilhelm I. immer anerkannt hat, vor 25 Jahren an der Seite des Königs von Preußen, als solche werden wir wieder anzuerkennen, falls Deutschland wieder in Gefahr käme. Dies mögen die Deutschen alleorten bedenken und neben dem großen Vaterland auch die enge Heimat und Anhänglichkeit an die angekommene Dynastie nicht vergessen.“ Nach dieser Rede sollen Prinz Heinrich und der deutsche Hofkammerant samt dem Hofkammerpersonal das Fest verlassen haben.

Aus dieser Geschichte wird in der staatsverhaltenden Partei- presse nun eine Haupt- und Staatsaktion gemacht. Man wirrt eine Auflehnung gegen das Reich und lange staats- rechtliche Deduktionen über das Verhältnis der Bundesstaaten zum Reich werden in usum Delphini zu Nuß und Frommen des bairischen Thronerben, vom Stapel gelassen. Welch schonach Vertrauen zum Reich müssen die patriotischen Staatsretter haben, wenn sie glauben einige exzentrischere Tüchlerden könnten es gefährden! Da sind wir sogenannten „Reichsfeinde“ doch bessere Menschen; wir glauben, daß alle derartige Reden ohne jede Bedeutung für die Entwicklung des deutschen Reiches sein werden.

**Die Familienherkunft der Juristen.** In der neuesten Nummer der Sozialen Praxis unterzieht Dr. Hufert den bekannten Ausspruch des obersten preussischen Richters, des Kammergerichtspräsidenten Dreymann, daß heute die Söhne der „guten Familien“ gerne dem Richterstande den Rücken kehren, einer ebenso interessanten wie lehrreichen statistischen Untersuchung. Er kommt dabei zu dem überraschenden Ergebnis, daß der Anteil der Söhne des Herrn Dreymann nicht ist, als eine ganz kenneisliche allgemeine Redens-art. Würde sich der Kammergerichtspräsident ebenso ein-gehend mit der Statistik über die Familienherkunft der preussischen Juristen beschäftigen haben, wie es sein Kritiker ge- than hat, so würde er seine Behauptung schwerlich aufge-stellt haben. Nach den Zahlen über den Besuch der deutschen Universitäten im Wintersemester 1886-87, nach der Ver-zählung von 1882 und der von Gemß angefertigten Statistik der Gymnasialabituirenten im Deutschen Reich zeigt sich nämlich, daß mehr als 29 Prozent der Söhne von Juristen

akademische Bildung besitzen und mehr als 50 Prozent von ihnen den engen Kreis der sogenannten guten Familien zu-zurechnen sind (Rittergutsbesitzer, Militärs, Postbeamte, Architekten, Forstbeamte, Künstler, Schriftsteller u. i. w.). Die Statistik weist unter den deutschen Juristen keinen einzigen Arbeitersohn nach.

**Ein neuer Vorschlag** auf die Forderung der Streikarbeiter und der weichen Sozialisten, das Kohlen-Syndikat einzustellen. Bismarck hat es beim preussischen Oberstaatsminister die Erhöhung des Preises für Ruhr-Kohlenkohlen von 850 M. auf 9 M. pro Tonne durchgesetzt. Natürlich hat die Presse der Kohlenbarone auch Gründe für die Erhöhung des Preises ange-führt, hauptsächlich die steigenden Produktionskosten. Das ist aber purer Schwundel, wie die Geschäftsberichte der Gruben-Gesellschaften beweisen, beispielsweise jener der Bergwerks-Gesellschaft Ber. Bonifatius bei Fran, worin der Vorstand erklärt, daß im Jahre 1895 die Selbstkosten von 6711 M. auf 10 Tonnen auf 6593 M. ermäßigt (!) worden sind. In diesem Lage sind die Ausgaben für das Syndikat mit einbezogen, so daß die wirt-schaftlichen Selbstkosten auf etwa 60 M. sich stellen; dabei ist zu berücksichtigen, daß in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres der Betrieb unter der Ungunst der Beschäftigten fast zu liegen hatte. Im zweiten Halbjahre seien bessere Ergebnisse erzielt worden; diese liege in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres wieder vor. Die Kosten der Kohlen sind also um 20 bis 30 Prozent gesunken. Zahlen wagt man von einer Steigerung der Beschäftigtenkosten der Bechen zu reden, nachdem noch dazu die neuesten Geschäfts-berichte aus anderen Kohlenzweigen ein Nachlassen dieser Beschäftig-ten ebenfalls feststellen hat.

Natürlich kommt das Kohlen-Syndikat nicht mit der Aus-bebung des Staates; auch Konsumenten müssen ent-sprechend bluten, und der Ring ist sich seiner Macht so bewußt, daß er mit dem Minister nur auf ein Jahr abschließt, um sich die Möglichkeit zu sichern, im nächsten Jahre abermals eine Preis-erhöhung durchzuführen. Das Syndikat hat im Jahre 1895 auf jeden Tonne vergrößert worden, und inzwischen dieser zehn Jahre hofft man mit den kleineren Bechen so mehr angeräumt zu haben, als es denn nicht mehr schwerlich wird, eine neue Verlängerung zu erreichen. Seit Beziehen des Kohlen-Syndikats sind eben schon mehrere Bechen mit anderen großen Bergwerks-Gesellschaften „fusioniert“ beschlossene worden, und fast täglich tauchen neue „Fusions“-Berichtigungen auf. Und auch solche Fusionen für das Kohlen-Syndikat von nicht zu unterschätzender Be-deutung, wenn größere Verbände sich bilden, mit denen dann später viel leichter eine Verlängerung des Syndikats abgeschlossen werden könnte. Inzwischen muß dabei im Auge behalten werden, daß damit der Kohlenbezugs immer mehr in die Gewalt der Börse, bezw. der großen Kapitalisten, und an der Spitze, welche die bestehenden großen Bergwerks-Gesellschaften schon jetzt so ziemlich beherrschen, und deren Einfluß auch nach dieser Seite hin täglich wächst.

### Zustand.

**Serbien.** Die Serbica Jastava, das Organ des Er-regenten Miksch, veröffentlicht eine Eingabe an den König aus Pojarevac, welche die furchtbare Lastade enthält, daß die Häufigkeit in den serbischen Kerkern gefoltert und ver-stümmelt werden.

Die Eingabe, welche auf das jetzige Regime in Serbien ein schauerliches Licht wirft, lautet wörtlich:  
 Ein. Majestät! Deine treuen Unterthanen aus dem Pojare-vager Kreise werden unerschütterlich von einem schrecklichen und unerhörten Unglück verfolgt und die Urheber dieses Un-glückes sind Deine eigenen Beamten, welche Ordnung und Ge-setzlichkeit verhängen wollen.

In der Gefängnisse dieses Kreises schmachten unendlich Leute duldend, unter dem Bedrohete erdichteter Verbrechen. Darunter befinden sich die angehefteten, ehrbarsten und wohl-bahendsten Männer der ganzen Gegend, welche wiederholt zu Un-schuldigen erklärt worden sind. In diesen Gefängnissen werden sie lebendig begraben gehalten und nur von Zeit zu Zeit bringt ein Schwärz der Bergleitung aus diesen Wälderhöhlen, wo hie-ruinglücklichen Opfer einer schrecklichen Gewalt mit den schrecklichsten Foltern gemartert und verurteilt werden.

Herr! Wir erdulden heute weit schrecklichere Qualen als jene waren welche Deinen Vorfahren Josif bestimmen. Die Jahre des Vorkrieges gegen die türkischen Unterdrücker zu erheben.  
 Die Gefangenen sind nicht und gleichen Feinden, die man aus dem Grabe ausgräbt. Ihre Weiber und Kinder sind von den verübten Mordtaten in Blut getränkt. An ihrem Körper tragen sie die Spuren der schrecklichen Qualen, mit denen sie gepinigt werden. Einzelne Gefangenen sind die Hände ver-dorrt, indem man sie an den Händen aufhängte und so lange hängen ließ, bis ihre Hände abfielen, abgehörten waren. Er-barne Dich, Herr, Hilf und errette uns!  
 Pojarevac, 3. Juni 1896.

### Parlamentaristen.

— Stellungnahme der deutschen Genossenschaft zum internationalen Sozialisten- und Gewerkschafts-kongress in London. Die Gleichheit veröffentlicht folgenden Aufruf:

Genossinnen!  
 Aus verschiedenen Orten gingen mir bereits Anfragen und Mitteilungen zu bezüglich der Vertretung der proletarischen Frauen Deutschlands auf dem im Juli d. Jrs. stattfindenden internationalen Sozialisten- und Gewerkschafts-kongress zu London.

Untenstehender Vorschlag wurde von Ernst Vogel-Neske-sten gemacht. Da mir derselbe aus der praktische Erfahrung, er-viehle ich den Genossinnen aller Orten, ihm ihre Zustimmung zu geben und darauf bestehende Mitteilungen recht bald an mich gelangen zu lassen.

Berlin, den 1. Mai 1896.  
 Ottilie Gerndt, Vertretensperson.

Am den deutschen Arbeiterinnen und Genossinnen auf dem internationalen Sozialisten- und Gewerkschafts-kongress zu London eine einseitige Vertretung zu sichern. Ich sage ich vor, daß die Genossinnen aller Orten in öffentlicher Versammlung Stellung zu der Vertretung des Kongresses durch zwei gemeinnähe Re-präsentanten nehmen und diesen entsprechend Mandate übertragen. Gleichzeitig schlage ich vor, die Genossinnen Zeit und Thier mit der gemeinsamen Vertretung zu betrauen.

Resolutions- u. A. Ina Vogel.  
 — Abgedruckt. Ordnungsbücher. Ein Antrag bei der Sozialdemokratischen Arbeiter, der in Sechzig seit einigen Jahren stattfindet, hat den vorigen sozialistischen Kongress in einer Vertretung an die Regierung auf Verbot d. hiesigen Umzugs abgelehnt. Das Ministerium hat aber die Begehren abgelehnt, da ein Grund zu einem solchen Vorhaben nicht vorhanden ist. Die auf die Bismarck'sche Sozialistenpolitik eingehenden Wähler stellen deshalb das Ministerium von Meinungen fertig an. Dadurch ist eine Erklärung im Regierungsbüro für den Sozialisten- und Gewerkschafts-kongress veranlaßt worden. Mit Recht wird darin die Frage aufgeworfen, ob im Heratogium etwa anlässlich dieses Umzugs Unruhen oder gefährliche Umgebungen stattfinden könnten. Es sei auch keine sozialdemokratische Propaganda zu Tage getreten. Nicht einmal rote Fahnen, die als Zeichen des gewalt-

tamen, blutigen Umsturzes angesehen werden, haben bei der so ge-nannten Majestäte eine Rolle gespielt. Allenfalls hat sie sich ohne bemerkenswerte Störung vollzogen. Ausbreitungen der sozialdemokratischen Partei und ihrer Presse wird im Heratogium mit Ernst und Nachdruck entgegengetreten. Befragungen der Be-zugsarten hat die Welt gegen diese Störungen, wie die der Sozialdemokratie, mit reinen Vorkommnissen zu gehen ist, darüber können die Meinungen verschieden sein. Es ist kein Zeichen der Schwäche, wenn man solche Maßregeln unter-läßt, von denen zu fürchten steht, daß sie zeigen oder erbittern, ohne einen wesentlichen Nutzen zu bringen. Verbote, die an einem Orte nötig sind, werden unter anderen Umständen besser unter-lassen. Derselbe Sachse erst zu erlauben, dann zu verbieten, ist stets möglich. Man hält es auch nicht für klug, das anzuführen, von dem man glaubt ermanen zu können, es werde sich bald von selbst im Sande verlaufen.

### Soziale Arbeiter.

— Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Zu Beginn dieses Jahres bildete sich in Köln ein Verein zur Ver-sicherung gegen Arbeitslosigkeit. Aber obwohl der Ober-bürgermeister selbst für den Plan eintrat, gelang es nicht, die Genehmigung der Staatsbehörden für den Betrieb zu erlangen. Jetzt hat sich nun zu demselben Zwecke in Köln eine Versicherungskasse konstituiert. Die Mitglieder, die mindestens 18 Jahre alt sein und zwei Jahre ihren Wohn-sitz in Köln haben müssen, zahlen einen wöchentlichen Bei-trag von 25 Pfennigen durch Marteneinflehen in ein Büch-lein. Sie erlauben damit bei eintretender Arbeitslosigkeit in der Zeit vom 15. Dezember bis 15. März das Recht auf Arbeit. Wenn Arbeit nicht nachgewiesen werden kann, der erklärt für die ersten 20 arbeitslosen Werttage, sofern er ver-heiratet ist, je 2 M., Unverheiratete 1.50 M. den Tag. Als Garantiefonds sind von Ehrenmitgliedern (die 5 M. jährlich zahlen ohne Anspruch an die Kasse) und Patronen (einmalige Zahlung von 300 M.) 68000 M. gesammelt worden. Die Stadt wird für 1896 gemäß einem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung einen Zuschuß von 25000 M. leisten.

Solche Versicherungskassen sind nur ein mit vielen Mängeln behaftetes Surrogat für die grundtätig zu fordernde Pflicht der Gemeinden und des Staates, die Schäden der bei der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unvermeidlich zu zeit-weisen Arbeitslosigkeit von ihren Angehörigen fernzuhalten. Bis wir aber zu einer gesetzlichen Lösung der schwierigen Fragen gelangen, darf man auf die Ergebnisse dieses Ver-luches mit Recht gespannt sein.

— Die Opfer unserer gesellschaftlichen Zustände. Nach einer amtlichen Zusammenstellung wurden im Groß-herzogtum Hessen im Jahre 1895 nicht weniger als 2583 Personen wegen Betrübens rechtskräftig verurteilt. Natürlich entfielen die meisten Verurteilungen in die Zeit des größten Arbeitsmangels. In den Monaten Dezember, bis Februar wurden 901, März bis Mai 663, Juni bis August 458 und September bis November 621 „Bettler“ verurteilt. 419 der wegen Betrübens verurteilten Personen wurden auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuches der Landespolizei-behörde überwiesen und zwar 6 bis zur Dauer von 3 Wo-chen, 158 von 3—6 Monaten, 121 auf die Dauer von mehr als 6 Monaten bis zu 2 Jahren. Auf die Dauer von 2 Jahren wurden 20 und auf unbestimmte Zeit 26 Per-sonen überwiesen.

Wohl unjere Gesellschaftsordnung verleiht ist, müssen Täuende, die Arbeit und Brot suchen, ein schmachvolles Dasein im Gefängnis führen. Jede Verurteilung eines „Bettlers“ ist auch eine Verurteilung des kapitalistischen Systems.

### Zur Arbeiterbewegung.

— Die Maurer Berlins sind am Montag früh in einen Streik zur Ergründerung der neuinsubigen Arbeitsetzungen ein-getreten. Eine Maurerverammlung, die am Sonntag stattfand, sahte fol-gende Beschlüsse: Die Generalversammlung der Maurer erken-ne, daß jetzt der richtige Augenblick, zuecht vollständige Durchfüh-rung eines Streikbundes einzuweisen und die Arbeiter, welche sich nicht entschließen demgemäß, auf allen Seiten, wo dieser noch 10 Stunden gearbeitet wurde, am Montag den 8. Juni die Arbeit niederzulegen. Jeder arbeitende Kollege hat während der Dauer des Streiks pro Tag 25 Pf. für den Streifenden zu zahlen. Jeder Maurer hat die Pflicht, auf den betr. Baustellen dahin zu wirken, daß dieser Streik durch die Ausschaltung der Arbeiter, die den Streik nicht beabsichtigen, gesamt. Die Verant-wortung bezüglich ferner, daß vom dritten Tage nach Niederlegen der Arbeit Streikunterstützung in Höhe von 1.50 M. pro Tag und 1 M. pro Kind wöchentlich gezahlt wird. Die Reueunterstützung wird in der Höhe bis zu 3 M. gewährt. Daraus wurde leitens der Hofkommission folgendes Streikentgelt bekannt gegeben: Jeder Streikende erhält eine Streikrente und hat sich zweimal zur Kontrolle in der Zeit von 9—12 und von 2—4 Uhr zu mel-den. Hiervon die Auszahlung der Streikrenten abhängig gemacht. Jeder zu den neuen Bedingungen arbeitende Kollege erhält eine Arbeitsberechtigungskarte, auf welcher die Beiträge quittiert werden. Die Entschädigung erfolgt in Aktien, die von der Pforte, zu deren Bezirk der Streik gehört, geführt werden. Außerdem sollen Aktien ausgegeben werden, in welche diejenigen eingetragen werden, die die Arbeit niedergelegt haben. Die Arbeitsenden haben sich im Zentral-Bureau zu melden. Das Streikentgelt umfist, wie bei der vorigen Bewegung: Berlin, Charlottenburg und Umgebung, Spandauer See, Westend, Schöneberg bis zur Wilmersd. Vorstadt, Stralau-Rummelsburg, Friedrichsberg, Wilmersdorf, Palenke, Wilkenstraße Grunewald.

### Lokales und Provinziales.

Salle a. S., 13. Juni 1896.

— **Tischlerbewegung.** Obwohl über die Verhaftung des Herrn Zimmermeister 3 D. H. Wanselbergsche, seitens der Richter wegen Nichtbefolgung des Urteils die Exzere verhängt ist, arbeitet doch selbst der Richter Denis Mühlberg, dem seitens der Kom-mission andere Arbeit nachgewiesen worden war. Demis stellte noch vor ca. 3 Wochen den Antrag, die Streikbrecher aus dem Verein auszuscheiden. Ein zweiter bei Woll arbeitender Richter ist Joseph M.eyer. Ob dieser es so nötig hat, bescheiden zu sein, kann seine Frau in Schwame und vertritt wohl selbst, daß er nicht gleich zu verurtheilen brauche. — Bei Herrn Kopp-erstedt steht es noch auf dem alten Standpunkt. Obwohl Herr Kopperschedt verurteilt, er brauche keine Weile, stellt er doch ein, wer da kommt; bloß daß dieselben nicht aufhalten. Herrsch steht die Kommission verurteilt, darauf aufmerksam zu machen, daß der Beschluß noch zu Recht besteht, wonach die arbeitenden Kol-



